

***Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen******Das wirtschaftliche Potenzial von Unternehmern und Existenzgründern mit Migrationshintergrund***

Angesichts der geringen Selbständigkeitsquote im Land Bremen, der schleppenden Gründungsdynamik und rückläufigen Zahl der Handwerksbetriebe ist es notwendig, dass die Bremer Wirtschaftspolitik sämtliche gesellschaftlichen Gruppen und ihr ökonomisches Potenzial in den Blick bekommt.

Bremen und Bremerhaven haben zahlreiche Unternehmer und Existenzgründer, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern seit den sechziger Jahren nach Deutschland kamen und sich hier dauerhaft niedergelassen haben. Teils besitzen sie noch die ausländische Staatsbürgerschaft, teils bereits die deutsche.

In Bremen sind die beiden wichtigsten Gruppen die Unternehmer türkischer Herkunft sowie die Unternehmer polnischer Herkunft. Die Bürgerinnen und Bürger türkischer Herkunft bilden mit Abstand die größte Gruppe unter allen Einwanderern in Bremen. Gerade in dieser Gruppe ist der Wunsch nach Selbständigkeit besonders stark ausgeprägt, wie der rasante Anstieg der Unternehmensgründungen in Deutschland und Europa belegt. Das renommierte Essener Zentrum für Türkeistudien schätzte im Jahr 2001 die Zahl der Selbständigen türkischer Herkunft in Bremen auf ca. 1.000.

Entgegen immer noch weit verbreiteten Vorurteilen bilden türkische Unternehmen längst keine abgeschotteten Subökonomien mehr und sind auch nicht länger auf den Einzelhandel und die Gastronomie beschränkt. Bei geeigneten Rahmenbedingungen könnten nach dem Zentrum für Türkeistudien türkische Unternehmer und Existenzgründer in Deutschland eine ähnliche innovative und modernisierende Funktion übernehmen, wie sie beispielsweise in den USA indische und chinesische Migranten ausfüllen.

Die Bürgerinnen und Bürger polnischer Herkunft stellen inzwischen das zweitgrößte Kontingent an Migranten. Mit ihnen besitzt das Land Bremen eine privilegierte und alltagsnahe Verbindung zu Polen, der größten und bedeutendsten Volkswirtschaft, die im Zuge der Osterweiterung am 1. Mai 2004 Teil der Europäischen Union wird.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung misst der Senat den Unternehmern, Selbständigen und Existenzgründern mit Migrationshintergrund für die zukünftige ökonomische Entwicklung und insbesondere die Überwindung der Strukturschwächen Bremens zu?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat in den vergangenen zweieinhalb Jahren ergriffen, die vielfältigen Beratungs- und Förderleistungen unter migrantischen Unternehmern und Existenzgründern besser bekannt zu machen und den Nutzungsgrad zu erhöhen, nachdem die von der Ausländerbeauftragten im Jahr 2001 in Auftrag gegebene Studie zu türkischen Unternehmern ergeben hat, wie überproportional gering die Inanspruchnahme der Wirtschaftsförderinstrumente ist, und welche Kenntnisse hat der Senat gegebenenfalls über die Wirkungen seiner Maßnahmen?

3. Welche weiteren Maßnahmen plant der Senat, um künftig das ökonomische Potenzial von Unternehmen und Existenzgründungen aus dem migrantischen Spektrum für Bremen und Bremerhaven besser zu entfalten?
4. Welche wirtschaftlichen Chancen für den Standort Bremen sieht der Senat in der Osterweiterung der Europäischen Union angesichts der zahlreichen Bremer und Bremerhavener Bürger polnischer Herkunft und ihrer Unternehmungen, und wie will er diese Chancen nutzen?

Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen